

Wirtschafts- und Zeitungs

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704



Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr: Donhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Donhoff 3686-3698. Telegramm: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin-360.

Berlin

Bezugspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1.24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anm-Zeile 20 Pf., keine Verändlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] Nr 259

DONNERSTAG, 1. JUNI 1933

MORGEN-AUSGABE

Die verstopfte Saale

100 000 cbm Kalk im Flußbett — Durchstich gegen Hochwassergefahr

Von der Eiserrath bei Bernburg, wo die Saale durch abgerutschte Kalkmassen vollkommen zugeschlüht wird, und gefährliche Überschwemmungen drohen, sendet uns unser Sonderberichterstatter folgende Schilderung:

In etwa 200 Meter Breite brachen ein einmal viele Gehäufte Substrat-Kalkablagerungen zusammen und fielen in die Saale. Ein Wohnprohm mit 14 Arbeiter wurde mit furchtbarer Gewalt über die ganze Flußbreite hinweg ans andere Ufer geschleudert; gründlicherer Weg niemand verlor. Eine gewaltige Frühlut schlug viele hundert Meter weit ins Land und vernichtete die Acker. Sandflöhe, die am rechten Saale-Ufer lagen, liegen jetzt fast einen Kilometer von der Saale entfernt auf dem linken Ufer.

Das Bett der Saale ist ungefähr auf 500 Meter Länge völlig ausgefüllt mit den zusammengefallenen Kalkmassen. Das Wasser hat sich gefaßt, und bereits gegen Mittag setzten in den Wäldern und Gärten in Bernburg die Turbinen aus, so daß viele Betriebe stilllagen, soweit sie ihre Maschinen nicht auf elektrische Kraft umstellen konnten.

Ältere machte sich die Naturkatastrophe viel seltener und gefährlicher bemerkbar. Schon bei Steinburg sind viele große Sandflöhe auf Grund geraten. Viele Kippen bereits um und liegen völlig trocken. Da die Saale zur Zeit wenig Wasser führte, stautete der Fluß bis etwa gegen Mittag die Wasserengen. Um diese Zeit war die Höhe des Wassers gegen 9 Uhr 60 Zentimeter, gegen 14 Uhr 230 Meter gemessen — aber bereits so hart, daß die Dampfer, die in aller Eile Arbeitslose nach der Unglücksstätte schiffen sollten, die Bernburger Schleibrücke nicht passieren konnten und erst die Deckschiffe umlegen mußten.

Insgesamt wurden etwa 1000 Mann Arbeitslose, Technische Rüstler, Arbeitslose, Stoffhändler und SA eingeseht, die in feierlicher Eile versuchten, die Saale um die Kalkmassen herumzuleiten. Gegen 18 Uhr trat aber bereits der Fluß im Rücken der Arbeitenden über die Ufer und zwang die Arbeiter einzustellen. Obwohl der neugebaute Flutwall angefahren wurde, konnte nur wenig Wasser geschleitet werden.

Der Fluß trat weiter und weiter über die Ufer. Gegen 19 Uhr trat das Wasser bereits in Bernburg über die

Ufer. Weiter oberhalb an der Saale macht sich die Stauung ebenfalls schon bemerkbar. Nach amtlicher Schätzung liegen etwa 80- bis 100 000 Kubimeter Kalk im Flußbett, deren Wegräumung Wochen dauern würde. Jetzt laßt sich der Fluß einen Weg und legt viele tausend Morgen Ackerland unter Wasser. Unmittelbare Gefahr droht außerdem den Städten Bernburg und Akenburg und einigen Dörfern, weil grade jetzt eine Hochwasserwelle aus Thüringen erwartet wird.

Die Hoffnung, daß das Hochwasser die Kalkmassen wegschwemmen würde, wird sich nicht erfüllen, zumal der Fluß grade in einer Biegung und im flachen Land zugeföhrt ist. Der Schaden der Katastrophe ist unbeschreiblich. Er wird in die Millionen gehen, da ja nicht nur das Flußbett freigelegt werden muß, sondern auf lange Zeit der sehr leistungsfähige Saale-Schiffverkehr stillliegen muß. Wälder und Gärten der Turbinen anhalten müssen und viele Sandflöhe für dieses Jahr verloren sind. Auch die Fischerei läßt schwere Schäden. Auf der Wälderseite die mehrere hundert Quadratmeter weit von den aus ihrem Bett verschobenen Wäldern überkommen ist, wimmelte es bald nach dem Unglück von Fischen. Im Laufe des Vormittags schlepten Einwohner die Fische eimerweise heim.

*

Ueber die Ursache des Unglücks steht noch nichts fest. Die Deutschen Colono-Werke in Bernburg schwemmen die Kalkflöße, die bei der Gement- und Soda-Gewinnung anfallen, durch eine Abbreitung, die unter der Saale durchfließt, auf die Böden unterhalb Bernburg. Dort haben sich in mehreren Jahren schon sehr hohe Sandflöhe gebildet, die aus trockenem Kalkstaub bestehen. Man reist zu der Annahme, daß in den alten Ablagerungen durch Strohweid Risse aufgetreten sind, in die Regen und Schwallenwasser eingedrungen ist, so daß ein riesiger Kalksturz ins Wasser kommen mußte. An derselben Stelle hat sich vor einigen Tagen ein ähnlicher Unglücksfall ereignet. Wahrscheinlich läßt man die Kalkmassen einfach liegen, weil hier jeweils ein Durchbruch zur Verengung der Saale geschaffen werden muß. Was ja und wie man inzwischen den Fluß leiten soll, weiß man noch nicht.

In den Nachmittagsstunden traf Reichshausleiter Bopp an der Unfallstelle ein. Das Sachverständigenamt hat Ministerialrat Müller entsandt. Wie man hört, soll auch noch die Reichswehr und zwar die Magdeburger Pioniere eingesetzt werden.

Arbeitsbeschaffungs-Gesetz

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichsamt beauftragte sich mit der Arbeitsbeschaffung. Verabschiedet wurde ein vom Reichsfinanzministerium vorgelegtes Gesetz zur Arbeitsbeschaffung, durch das der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Arbeitsbeschaffungen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark auszugeben.

Die Mittel sollen zur Förderung von Anbahnungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden sowie an privaten Wohngebäuden und Wohnungen, ferner für vorläufige Arbeitsstellen, landwirtschaftliche Giedlungen, Flugregulierungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung, Tiefbauarbeiten und Sanftleistungen an Hilfsbedürftige verwendet werden.

Das Gesetz enthält ferner Bestimmungen über die Steuerfreiheit für Arbeitsbeschaffung für eine freiwillige Gewerbe zur Förderung der nationalen Arbeit, für die Herstellung weißlicher Arbeitskräfte in der Hauswirtschaft und für die Förderung der Ehe durch Ehestandshilfen und Ehestandsbereitungen.

Der Reichsanleger regte an, über die Beschäftigung hinaus einige großartige Arbeitsprojekte befristet in Angriff zu nehmen, und zwar in erster Reihe ein umfassendes Bauprogramm für Gas- und Wasserleitungen und Wiederherstellung einer gelunden Grundriffs- und Wohnungswirtschaft im Zusammenhang mit einer Neuregelung auf Fernverkehr Gebiet durchzuführen, ferner die Schaffung eines Reges von großen

Verkehrsstraßen, das den Ansprüchen des neuen Kraftverkehrs entspricht und probative Auswirkungen im weitesten Umfang für die Reichsbereitschaften zuläßt, wobei eine organische Verbindung zwischen der Eisenbahn und der Reichsbereitschaft unter ausschließlicher Beteiligung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hergestellt werden soll, sowie schließlich die nachdrückliche finanzielle Förderung von zusätzlicher Produktion, insbesondere auch für den Export zum Ausgleich des Zahlungsbilanzes.

Es wurde beschlossen, eine Kommission unter Führung des Reichsfinanzpräsidenten einzusetzen, die mit diesem großartigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängende Finanzfragen besprechen und insbesondere alle in ausrichtlich kennzeichnend sein soll, alle Geld- und Kapitalmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überweisen, damit nicht Störungen des Geld- und Kapitalmarktes durch solche Dispositionen oder Eingriffe nichtvermeidbar Stellen eintreten.

Das Reichsamt beauftragte endlich noch das vom Reichsfinanzminister vorgelegte Gesetz zur Regelung der Landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das eine grundlegende Neuregelung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft wesentliche Erleichterungen der

Arbeitsbeschaffung findet erst nach den Pfingstferien

Zeitgeschichte im Prozeß

Der Prozeß gegen den früheren Reichsminister für Arbeitsbeschaffung, Dr. Goretz, der gegenwärtig in Braubach verhandelt wird, ist politisch nicht nur um der beteiligten Personen willen, und nicht nur um der zur Aufarbeitung stehenden Tatsachen willen, sondern weil er die Vorgänge fortsetzt von bisher noch unbenannten politischen Vorgängen höchst aktueller Art. Die beteiligten Personen sind Politiker: Dr. Goretz, gegen den die Anklage lag richtet, war Präsident des Landgemeindegangs, er war während in der Landvolk-Bericht, er war einer der ausstehenden Männer in dem Kreis, der im vorigen Jahr im Wechselmaß des Reichspräsidenten betrieb. Der Landvolk-Bericht ist politisch, denn es handelt sich um Gelder, die zu politischen Zwecken aufgebracht waren, um Gelder des Landgemeindegangs, und bei dem sogenannten Hindenburg-Komplex, um Gelder für die Kosten der Wahl-Agitation. Dieser Hindenburg-Komplex ist in dem Prozeß der wichtigste und zugleich der heikelste. Es ist ganz selbstverständlich, daß in dem Zeitraume der Wahlen die großen politischen Ereignisse, an denen teilgenommen das gesamte Volk aufgerufen wird, einer intensiven Vorbereitung bedürfen, die auch Geld kostet. Man hat sich lieber hier eine alte stumpfe Gleichgültigkeit angewöhnt. Die Geldseite der Politik ist eine partie honteuse geworden, von der man nicht spricht, und von der man zu wegschließen muß, daß sie existiert. Die Folge ist, daß viele Ereignisse in der Verberichtigung betrieben werden, und daß dabei eine Art Ignoranz herrscht, die nur mit Wohlwollen als großzügig bezeichnet werden kann. Man weiß an der Zeit, daß hier das öffentliche Gewissen sich schämt, und daß für Wahlen und große Massen-Aktionen öffentliche Reden und Reden üblich sind. Von der strafrechtlichen Seite im Prozeß Goretz soll, da das Verbrechen schwer ist, hier abgehandelt werden. Dieses Grundriffsgebiet über die Wahlen, die in Zukunft gesogen werden sollten, je so für die unterliegen.

Die Vorgänge, die im Goretz-Prozeß behandelt werden, liegen kaum länger als ein Jahr zurück. In der gefestigten Verhandlung, bei der Oberst von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, Staatssekretär Zimmer, der Sohn des Reichsministers, Dr. Trebitsch, Staatssekretär Kemper u. a. als Zeugen aufgetreten sind, brachte die Vernehmung von Trebitsch, die sogar erst am dem vorigen Dezember kam, alles um etwa fünf Monate alt sind. Aber die entscheidende Bilanz liegt erst in diesem Jahr. Es ist die Zeit des 30. Januar, des Tages, an dem der vor Jahresfrist neu gewählte Reichspräsident das Kabinett der nationalen Konzentration bereit. Damit hat der Reichspräsident den Schritt getan, der im weiteren Verlauf zur revolutionären Umgestaltung unseres öffentlichen Lebens geführt hat. Rückblickend will es dem oberflächlichen Beurteiler scheinen, als stelle diese Bilanz einen Bruch dar. Frühere Berufsleistungen schon widerlegen solche Auffassung. Auch die Regierungen, die vor dem 30. Januar am Ruder waren, strebten einer nationalen Konzentration zu. Auch vor dem 30. Januar lagen Wünsche der Reichspräsidenten die verschiedenen Richtungen des Tages zusammenzuführen. Zwischenfaktoren, Widerspruchsfähigkeit, Antriebe haben den natürlichen Ablauf der Dinge gebremst und gehindert, so daß der Durchbruch am 30. Januar und in den Märzmonaten um so kühnlicher erfolgte. Gestern waren es vor allem die Auslagen des früheren Reichsministers Trebitsch, die zeigten, wie Weining, zu dessen vertrauten Mitarbeitern Trebitsch gehörte, auf stillen Einbeziehung hingearbeitet hat. Trebitsch hat seine Zeugnisaussage nur insofern erfüllt können, als die Schuldfrage des ehemaligen Reichsministers nicht dargelegt kann. Immerhin ergibt sich im Hinblick auf den Kabinett Weining sich ganz klar darüber war, welcher Weg einschlagen lie. Man hatte das Prinzip vom absoluten Primat der Außenpolitik aufgestellt. Man ging von der Annahme aus, ein nationalsozialistisches Kabinett müsse außenpolitisch das Feld bereinigen finden, deshalb müßten vor der Zeit am weitesten und notwendig für erforderlich gehalten. Immerhin hat diese Regierung nicht die außenpolitischen Probleme gelöst. So wurde die Situation 1932 auf eine Pause zu. Als Vorbereitung für Laufnahme wollte sich Hindenburg Weiermann, das Kaufmann die Stiller-Konzern, außerdem die Gleichstellung der Freuenpolitik, und alles das unter Hindenburgs Präsidenten, weil diese vom Ausland die Gewährung bieten würde, daß der Kurs Deutschlands jedem Abenteuer weiter fernbleibe. Bergewandert man sich

Mit dem heutigen Tage übernimmt DR. ERICH WELTER die Chefredaktion der Vossischen Zeitung



2. Juni 1933

diesen Beobachtung, so wird die Erörterung verhältnißmäßig nach Brünings Stütz die Anhänger dieses groß angelegten internationalen Planes erschöpfte. Brünning und die Seinen fügten sich schrittweise in einem Augenblick, da sie die Möglichkeit ihres langwierigen Verweilens bis zum Erscheinen der Beschlüsse, kurz vor dem Ausbruch. Aber die Kenntnis dieser Zusammenhänge wird es dem Zeitgenossen auch erleichtern, zu verstehen, wie sich zwischen dem jetzigen Zentrumführer Brünning und dem jetzigen Reichstagsführer Hilfer ein gewisser Kontakt anbahnen konnte, wie er jetzt zu verdeutlichen ist. Der 30. Januar läßt vieles in's ganz neue erhellend, als sei es unmittelbar aus dem Nichts ins Licht getreten, während doch auch vor dem 30. Januar viele Anzeichen die erste Zeit zeigten. So ist man jetzt geneigt, sich über Beziehungen, die jetzt formaler Art zu wundern, die zwischen Brünning und links eine Brücke schufen. Ein Mann wie Gerete, der auf dem äußersten rechten Flügel stand und die Regierung Brünning, wie geflöhnt erklärt wurde, nur deshalb unterstützen konnte, weil er zu einer Regierung Hilfer führen sollte, unterließ vertrauensvolle Beziehungen auch zu Sozialdemokraten.

Brünning selbst hat jahrelang nur der Duldung durch die Sozialdemokraten die parlamentarische Existenz seines Kabinetts verdankt. Allerdings waren seine weitaußergewöhnlichen tätigen Blüthe nur wenigen bekannt. Es ist überhaupt die Frage, ob Politik so viel erst verdienen sollte, wie sie heute kann, im Stille einer Gruppe und Staatsaktion der großen Mächte. Die elementaren Dinge pflegen meist das Stumpfe zu verderben, und so ist es ja auch in diesem Fall geschehen. Es zeigt sich, daß nicht immer die Vorbergründungen einsehend sind, und daß oft die Frage, wie man mit viel Geld eine leiserle Setzung in die Amtsstuben praktiziert (was übrigens am wenigsten Aufgabe eines Generals hätte sein sollen), sehr unrichtig ist im Vergleich zu der Frage, wie man, um ein Wort des Generals Schlicher zu zitieren, grüne Bohlen in die hungerten Mägen schießt.

Aus dem Gerete-Projekt wird unter politisches Leben einige Lehren zu ziehen haben. Eine der wichtigsten sollte sein, daß schlimmer als alles die Jurisdiktion der großen Entscheidung aus dem reinigenden Zustrom der Öffentlichkeit ist.

überlassen sei, ob die Antwort noch in den Rahmen seiner Auslegungsgrenzen falle.

In dem Brief Kempfers an Binder wird darauf hingewiesen, daß die Güter, 600 000 Mark bereitgestellt, nicht eingehalten werden. Kempfer weist darauf hin, daß er die Dinge nicht länger aushalten könne und daß ein einstimmiger Stand hoch, wenn die Forderungen der Gläubiger der Hindenburg-Ausfälle nicht berücksichtigt würden. Es wird in dem Brief in außerordentlich dringender Weise um Behebung der Schwierigkeiten nachgesucht.

Die Verhandlung wurde sich dann wieder der Verwendung der Gelder durch Gerete.

Der frühere Staatsgerichtsrat Bruno W. der Reichsregierung gehörte bei der Oberstaatsstelle der Hindenburg-Ausfälle zunächst als Geuge über die von Gerete eingereichten Berechnungen über die Gelder des Hindenburg-Wahlfonds. Die erste Berechnung habe Abdrucksfehler enthalten und sei sehr unrichtig gewesen, so daß die von Gerete zurückgegeben wurde. Die zweite Berechnung wies ein Defizit von 30 000 Mark auf, auf dessen Behebung der Angefallte Gerete und der Angefallte Freigang gebühren hätten. Die Ausgaben seien hauptsächlich die Verbindungen des Staatsgerichtsrats Kempfer abgedeckt worden. Schließlich wurde noch eine Summe des Angefallten Dr. Gerete, Frau Dr. W. d. B., gebildet, die herangezogen mit den eingeklagten Gerete einen Betrag von 20 000 Mark erzielte und auf dem Giro des Verbandes der Sangemündeten. Ueber diese Angelegenheit sind bereits bei den früheren Verhandlungen ausführliche Erörterungen geführt worden.

Die Verhandlungen wurden auf Freitag vormittag vertagt.

Aussage-Bedenken im Gerete-Prozess

Staatssekretär Kempfer als Zeuge

In der gestrigen Nachmittagsverhandlung wurde die Verwendung des Zeugen Reichsminister von Reußel beendigt. Der Verteidiger richtete an ihn die Frage, ob er selbst die Beweise, die Gerete gemacht wurden, geprüft habe, oder ob er sich auf die Angaben des Ministerialrats Schlicher verlassen habe. Der Zeuge hat auf die Frage nicht geantwortet, aber es ist jetzt wohl wesentlich ersichtbar, aber er sich selbst überzeugt.

Verteidiger: Als eigener Beobachter können Sie jedenfalls die in dem Schellenschen Attestvermerk niedergelegten Tatsachen nicht?

Zeuge: Nein.

Verteidiger: Sie zur Verfügung haben die Summen — es sollen im ganzen etwa 7 Millionen Mark gewesen sein — nicht vollständig verbraucht worden. Es blieb ein Ueberschuß von rund 400 000 Mark.

Zeuge: Das ist mit mir erst später bekannt geworden.

Verteidiger: Das gilt wegen eines angelegten Fehlbetrages von 30 000 Mark der Angefallte Gerete an Sie gemeldet?

Zeuge: So weit es nicht mehr genau. Er wird sich wohl an mich gemeldet haben, aber vor allem auch an den Oberstaatsgerichtsrat Oranow, der die Kassenscheine bei den vereinigten Ausfällen erhebt.

Verteidiger: Sie einmal befragten worden, wie etwa übrigbleibende Gelder verwendet werden sollten.

Zeuge: Das ist einmal im Kuratorium befragten worden. Es wurde beschlossen, daß Ueberschuß auf die Hindenburgspende übertragen werden sollte.

Verteidiger: Ist bei dieser Befragung Dr. Gerete zugegen gewesen?

Zeuge: Nein, das glaube ich nicht.

Verteidiger: Durften nach Ihrem persönlichen Standpunkt übrigbleibende Mittel zu politischen Zwecken verwendet werden? Was würden Sie von Ihrem Standpunkt aus in diesem Fall getan haben?

Zeuge: Das ist ich selber zu sagen. Ich habe mich darüber auch nicht den Kopf zerbrochen, denn ich ging damals davon aus, daß wir mit einem Milieu, und nicht mit einem Plus abgeben würden. Wenn ich einen Ueberschuß gehabt hätte, so würde ich das Kuratorium in Betracht ziehen haben, um zu entscheiden, was mit dem Geld geschehen sollte.

Verteidiger: Sie hätten also nicht einseitig von sich aus darüber verfügt?

Zeuge: Nein.

Wertung von 450 000 M. ungenügend

Es kann dem an Brief zur Sprache, den der Zeuge Kempfer an den damaligen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich richtete, in dem er das, dafür zu sorgen, daß 500 000 Mark, die noch zur Beilegung von Verpflichtungen aus dem Wahlkampf fehlten, beschafft wurden.

Staatsanwalt: Haben Sie auf Grund dieses Briefes etwas bekommen?

Zeuge: Ich habe Bedenken. Diese Frage zu beantworten, ich glaube, daß die Antwort außerhalb meiner Auslegungsgrenzen liegt.

Staatsanwalt: Ich glaube, daß diese Bedenken nicht berechtigt sind. Es haben dem Hindenburgausfall als Privatmann und nicht als Beamter angehört.

Diesem Standpunkt des Staatsanwalts schloß sich auch der Vorleser an.

Staatsanwalt: Frand nicht auf Grund dieses Briefes eine Befragung statt? Was war das für eine Befragung und welche Angaben erfolgten dann?

Der Zeuge erklärte, es seien 450 000 M. gegeben worden. Ueber die Quelle Angaben zu machen, trug der Zeuge erneut Bedenken.

Staatsanwalt: Sie kann auf die Antwort nicht verzichten. Sie ist für das Strafmaß ungenügend wichtig. Es kommt sehr darauf an, ob die Gelder, über die Gerete verfügte, aus Privatbesitz oder aus öffentlichen Mitteln stammen.

eines Briefes, den der Staatssekretär Kempfer an den Staatsgerichtsrat Binder in der Reichstagsliste geschickte hat.

Da der Verteidiger der Verlesung widersprach, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Es wurde beschlossen, den Brief zu liefern, dagegen wurde die Frage des Staatsanwalts nach der Herkunft der 450 000 Mark nicht gestellt. Die der vorgelagten Hindenburgspende des Zeugen Kempfer die Prüfung der Frage zu

Hausdurchsuchungen in Wien

Sichtvermerk für Deutschlandreisen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
WIEN, 31. MAI

Die Hausdurchsuchungen im Braunen Saal, bei den nationalsozialistischen Propagandisten, Parteifunktionären und SA-Männern in sämtlichen Wiener Bezirken dauerten bis in die späten Abendstunden. Auch Wohnungen von nationalsozialistischen Parteifunktionären wurden durchsucht.

Die Sichtung des vorgefundnen Materials dauerte zur Stunde noch an. Die beschlagnahmten Flugblätter liefen sich mit der beschrifteten Ausfertigung versehen und bringen auf dem Zusammenfassen zwischen Nationalsozialisten und Feindgefeindern zu sehen sind.

In einem einzigen Lokal wurden 20 000 solcher Flugblätter beschlagnahmt. Man fand auch vereinigt: Revolver, Schlagsäge, Messer und Gummihandschuhe. Mehrere Nationalsozialisten wurden der Polizei vorgeführt. Auch in Niederösterreich wurden in den nationalsozialistischen Parteilokal Durchsuchungen vorgenommen.

Bei einer in der kommunistischen Arbeiterbewegung heute durchgeführte Hausdurchsuchung verließen 8000 Bürger und 35 000 Beschlagnahmter der Beschlagnahme.

Die nationalsozialistische „Nachpost“ meldet, wurden heute bei einer großen Anzahl von Parteifunktionären Hausdurchsuchungen vorgenommen, die nichts gefunden wurden. Der Landesinspektor für Österreich, Abgeordneter Sabitz, teilt in dem Blatt mit, daß heute früh auch in seiner Wohnung in Linz zweimal Polizei erschien, wobei einige belanglose Akten beschlagnahmt worden seien.

Zur Erklärung des Bundesanwalts Dr. Dollfuß über die Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Sabitz erwidert dieser in der „Nachpost“, man könne ihn nicht den Vorwurf machen, die Vertraulichkeit der Unterredungen gebrochen zu haben, denn zuerst hätten drei Minister und Dr. Stelbly die Kontrolle der stattgefundenen Befragungen preisgegeben. Er habe den Bundesanwalt schriftlich verständigt, daß er sich genötigt sehe, in aller Öffentlichkeit eine Richtigstellung zu geben.

Das Heimwehr-Wendblatt behauptet, bei den Hausdurchsuchungen seien heute zahlreiche Dokumente vorgefunden worden, durch die einwandfrei bewiesen sei, daß die österreichischen Nationalsozialisten die Hauptstütze von dem Vorgehen Deutschlands trügen.

*

Die Wiener Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die gestrige Ausgabe des „Allgemein Österreich“ und der hiesigen Wochenzeitschrift „Die Brennstoff“ wegen Aufregung gegen die Regierung und wegen Beleidigung des Bundeskanzlers.

Zusammenfüge im Bundesrat

Der Bundesrat hat heute wieder in Abwesenheit der Christlich-Sozialen zu einer Sitzung zusammen, in der es zu beifügen Zusammenfassungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten kam. Die Vinte richt der Reden zur „Ihr seid Dummen“ im Bundesrat Schmitt erklärte: „Die heutigen Sozialisten haben im Reichstag gesagt: Sie hätten getötet, erlösten während des Gegenwärtigen „Zeit der Partei“ der SA-Parteigenossen. Die Sozialdemokratie nennt die Nationalisten „verleumdungswürdige“, sprach sich aber gegen wirtschaftliche Repressalien aus und verlangte Annullierung des Bitterbundes.“

An einer Entschließung wurde der Regierung erneut der Fallungsbuch vorgelesen. Doch sie sich dessen bewußt sei, behaupte, daß sie für den Verlesungsgesichtshof gestrichelt habe. Heute legten wieder zwei staatlich ernannte Mitglieder an diesem Ge-

richtshof ihre Stimme nieder, so daß er mit neunmehr sieben Stimmen völlig verhandlungsunfähig wurde.

*

Der Minister hat heute auch eine Verordnung beschlossen, nach welcher österreichische Staatsbürger, die das Gebiet des Deutschen Reiches unmittelbar oder auch fremdes Staatsgebiet zu betreten beabsichtigen, einer Bewilligung bedürfen, die von der zuständigen Behörde gegen eine Gebühr von fünf Schilling erteilt werden kann.

Die Bewilligung ist beim jeweiligen Ueberschreiten der österreichischen Grenze nachzuweisen und wird sich zunächst auf Reisen beschränken, die nachweislich aus geschäftlichen Gründen unternehmen werden. Die geltenden Bestimmungen über den freien Grenzverkehr werden durch die neue Verordnung nicht berührt, wohl aber trifft die Verordnung auch den Ausreisungsverkehr.

Durchreise durch Österreich gebührenfrei

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß Reichsbürger, die im Grenzgebiet oder auf der Reise durch Österreich durchreisen wollen, von der Reisegebühr befreit werden können, wenn sie durch österreichisches Staatsgebiet befahren.

Die Durchreise durch Österreich ist in diesem Falle innerhalb von höchstens 24 Stunden vom Ueberschreiten der österreichischen Grenze ab beendet sein. Die Befreiung wird von der Sichtvermerksschreiben im Paß und auf dem vorgelegten Fahrtausweis vermerkt. Die Regelung gilt sowohl für Reichsbürger, die nach dem 31. Mai 1933 das Reichsgebiet über Österreich verließen, als auch für Reichsbürger, die bereits vor dem 1. Juni mit ordnungsgemäßem Ausreiseführer aus dem Reichsgebiet ausgereist sind und über Österreich in das Reichsgebiet zurückkehren.

Für Sichtvermerke zu Reisen nach Österreich und zur Erhebung der vorgeschriebenen Gebühr von 1000 Mark oder Befreiung von der Gebühr sind in Grenz-Verkehr die Polizeistellen, die die Polizeistellen zuständig.

Göebbels nach Mailand abgereist

R O M, 31. MAI

Das Generalrat Dr. Goebbels begann heute mit einem Besuch der deutschen Schule in Rom, der erste Besuch, den die deutsche Schule von einem deutschen Minister erhalten hat. Um 10 Uhr besichtigte der Minister eingehend die große Entbindungsanstalt Regina Elena, die von der sozialistischen Regierung erbaut worden ist. Deren Besuch hat ein Besuch des italienischen Schriftstellers und Verlagsleiters, so dem Minister eine wertvolle literarische Publikation überreicht worden. Dann folgte ein Rundgang in den Räumen und Gärten des „Dopo Lavoura“, das der Minister, wie er vor der deutschen Presse bereits dargelegt hat, besonders lebhaft interessiert. Das Frühstück nahm Dr. Goebbels beim deutschen Konsulaten beim Vatikan, Herrn von Bergen, ein.

Der Nachmittag begann mit einem Besuch der großen Jubiläumssammlung der sozialistischen Revolution. Dann besichtigte der Minister das neuerrichtete Parlorforum Mussolinis und schließlich ein Speisestümmchen bei der Aufführung in Rom. Neben besichtigte er im Rahmen eines Empfangs der nationalen literarischen Ortsgruppe die deutsche Kolonie Roma im Garten der Villa Borghese. Damit ist der wichtige Aufenthalt des Ministers Dr. Goebbels beendet. Um 10 Uhr abends begab er sich nach Mailand, wo er den morgigen Tag verbringt.

Trotz des Regens schon Meister in Aktion

Rot-Weiß-Turnier gut gefördert

Trotz des regnerischen Wetters kamen am zweiten Tag des Turniertages...

Im Herren-Doppel von Gamm gegen den Vlaanderenpaar...

In der Damen-Mehrkampf von Berlin griffen unsere besten Mehrkämpferinnen...

Im Herren-Doppel von Gamm gegen den Vlaanderenpaar...

Als zum Einbruch der Dunkelheit wurden dann noch einige Spiele...

Aus dem heutigen Spielplan: 11 Uhr: Fräulein Engel...

Frl. Scriven-Crawford wurden Meister

Boussus schlug Shields

Bei den französischen Tennismeisterschaften in Paris fiel gestern die dritte Entscheidung...

Bogoljuboff führt noch im Schachturnier

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

AACHEN, 31. MAI

In der letzten Runde endete die Partie von Dill-Brindmann...

Lord Derbys zweiter Derbystag

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 31. MAI

Das heute in Epsom ausgetragene englische Derby stand unter günstigen Verhältnissen...

Das Derby, das dem Sieger fast 150 000 Mark einbringt...

Sturz vor dem Start erst der beim vierten Versuch gelangte...

Resultat: Englische Derbyfahrt über 2400 Meter...

Allerlei von Ueberall

Der schwedische Kraftschwimmer Gertul bewältigte die 200 Meter...

Der Zerupsportler erklärt wurden vom französischen Reichslichtspiel...

Der Woffkampff Bolin-Beufel, der Pfingsten in Barcelona...

Die englische Amateurfußballmannschaft Corinthians hatte bei...

Im Rahmen der Weltkampfe der internationalen Woffkampff...

Doch noch ein Sieg gegen die Schotten

Die Glasgow Rangers unterlagen 1:2

Am letzten Spiel auf ihrer Deutschländertour erlitten die schottischen Fußballmeister...

Hertha siegte in 20 Minuten

Das Pokalspiel zwischen Hertha BSC und dem VfB Bielefeld...

Unglücksfälle beim Indianapolis-Rennen

Beim wichtigsten amerikanischen Automobilrennen über 500 Meilen...

Schulmuseum - Sonntag freier Eintritt. Zu der Verleihung...

Verline, Vorträge, Veranstaltungen. Heute, Donnerstag...

Schluss des redaktionellen Teils

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNG

Die Wochenschrift Der Tag (Nr. 8, 11, 14, 17, 20, 23, 26, 29, 31)...

Kein grauer Alltag mehr!

Berliner-Privat

die Zigarette der TAT, erhellt alle Wege

In allen Packungen: Echtes Fotochrom-Bildchen: „Schöne Menschen aus aller Welt“

Kampf um den Versicherungsbestand

Erfolge der Lebensversicherung

Der deutsche Lebensversicherung konnte von jeher ein günstiges Horoskop gestellt werden. Das lag nicht allein an dem soliden und dabei doch schnellen Wiederaufbau des Kapitals, sondern auch an der sorgfältigen Verwaltung des Vermögens. Irrendes, so hat sich in diesem Teil der Volkswirtschaft die Initiative des privaten Unternehmens bewährt, so daß wir mit der Lebensversicherung die Ansicht teilen, daß hier möglichst wenig gestört werden möge. Die Verwaltung der Lebensversicherung läßt nicht das Gefühl aufkommen, als ob innere Unsicherheit ihr Schicksal im Zukunft gefährden könnte. Nicht nur, weil etwa Reichsaufsicht oder die mathematischen Grundlagen Experimenten verboten, sondern weil heute festgestellt werden kann, daß nämlich die Gesellschaften um den Versicherungsbestand kämpfen.

Wäre die Lebensversicherung ein Erwerbzwang wie andere, stünde nicht auf jeden Fall der Gemeinnutz vor dem Eigenzucht, so bräuchten die Versicherungsgesellschaften sich hart um die Erhaltung auch der kleinsten Police zu kämpfen. Da gesunder Erwerbssinn sich gerade hier mit höchster volkswirtschaftlicher Verantwortung paart, haben sie ihren Betrieb stark erweitert. Zwar wird selbstverständlich das Neugeschäft weiter eifrig mit relativ guter Erfolg gepflegt. Die Hauptangelegenheit aber heute ist die Vermeidung des Abnehmens im Versicherungsgeschäft, um seinen weitestgehend den Versicherungszug zu erhalten, auch wenn ihnen die Beitragszahlung eine Zeitlang schwer fällt. Eigentlich ist die Versicherungsgesellschaft in dieser Aufgabe. Man kommt dabei — neben der Prämienleistung — sogar zu alten ursprünglichen Ideen der Lebensversicherung zurück. Die stark ausgesprochene Versicherung der Erbschaft, die Versicherungsbeiträge schließliche Vermögens und Risikoprämie für den Todesfall ein. Erscheint einem Versicherten der Betrag zu hoch, so gibt man ihm die Möglichkeit, nur für die ersten Jahre zu zahlen. Die Hinterbliebenen haben dann wenigstens einen kleinen Schutz. Andererseits benutzt man heute vielfach die Versicherungszug, die man sich die Versicherung zu erhalten, auch in den Formen der Lebensversicherung, etwa kleiner prämienfreier Policen. Nur darf man nicht vergessen, daß die Lebensversicherung nicht zu zahlen kann, während Endes nicht mehr zu zahlen in der Lage ist.

So beruht sich hier eine neue Aera der Lebensversicherung vor: der Versicherte ist nicht mehr allein Objekt der öffentlichen Gesandtschaft, sondern ein wichtiger Faktor. Herr. Das ist in der Lebensversicherung sozusagen „naturgegeben“, auch wenn man das „Dienst am Kunden“ oder anders nennt. Es steckt darin der volkswirtschaftliche Gedanke, daß die Versicherungsgesellschaft ein wichtiges menschliches Gemeinschaftsbiel. Diese Abhängigkeit und Verflochtenheit aller Menschen einer größeren oder kleineren Gemeinschaft hat in der modernen Gesellschaftswesen stets seinen besten Ausdruck gefunden. Mag auch die moderne Rechtsform der Aktiengesellschaft sich nicht der Idee der Gemeinschaftlichkeit, der gegenseitigen, ist immer „gemeinschaftlich“. Die Verknüpfung des Gemeinschaftsgedankens war aber in der Lebensversicherung am stärksten ausgeprägt. Der prämienlose Ausdruck und findet er in der Tatsache, daß oft bis zu 100 pCt. der erwirtschafteten Jahresgewinne den Versicherten wieder zu gute kommen. Dies ist ein durch den Zweck der Versicherungsgesellschaft „zuviel Verdienste“. Was sie verdient, erhalten nach gesetzlicher Vorschrift die Versicherten. Aktionärsdividenden und Ausschüttungen spielen dabei eine ganz verschwindende Rolle.

Die Lebensversicherung ist ihrem Wesen nach nur Verwalter fremder Gelder. Treuhänder von Millionen von Mark. Das schließt es aus, daß sie die Interessen der versichertennehmerischen Gesetze befolgen muß. Jeder noch so gut gemeinte Eingriff von draußen könnte nur Verwirrung und Unklarheit in die Angelegenheiten der Versicherten bringen. Die Auswirkungen der Zinssenkungsaktion von 1931 gehabt hat. Zwar sind die Zinssenkungen nicht eben so tief, wie man sie erhofft hat, aber die Zinssenkung hat diese Steigerung zu Lasten der Versicherten erheblich gemindert. Solche Dinge haben immer ihre zwei Seiten. Das schadet nicht, aber man muß sich über die Zusammenhänge klar sein.

Absolutes Gebot eines gesunden Versicherungswesens ist ferner die Einhaltung der Verträge, selbst wenn es sich um die jenseitigen Interessen der Versicherten zu erfüllen. Es lohnt sich für Versicherte, wie für Versicherer, diesem Gedanken Opfer zu bringen. Dies geschieht sich in weitgehendem Maße, und die fünf ersten Jahre der letzten Geschäftsjahre zeigen die erfreuliche Übereinstimmung erklären die Verwaltungen, daß Tausende von erloschenen Policen wieder in die Welt gesetzt sind. In der Tat ist die Versicherungswirtschaft nicht mehr so leichten Herzens seine Versicherung vorzeitig verfallen läßt oder sie der Gesellschaft zu Rückkaufkapital. Das zeigt sich in dem Verhalten der Verwaltungen, sich langsam bessert, besteht die Hoffnung, daß der Abbröcklungsprozeß allmählich zum Stillstand kommt. Das wird auch dadurch erhärtet, daß die Inanspruchnahme der Rückkaufkapital durch die Aktionäre bedarf nicht, sondern die Zeichen mehr dafür, daß der Grundgedanke der Lebensversicherung im Volke verstanden wird, und daß man dankbar sich Möglichkeiten, die durch die Politik der Versicherungszug die Not nach dem Tode des Ernährers zu erhalten.

Sicherung gegen Selbstmord

Aus dem Grundgedanken der Lebensversicherung und der treuhänderischen Stellung der Verwaltung erklären sich auch Maßnahmen, die im Laufe der letzten Jahre — scheinbar gegen die Interessen der Versicherten — getroffen worden sind. Diese Maßnahmen waren die Einführung des Selbstmordrisikos. Erinnerung man sich der großen Ziffer an Selbstmorden im Jahre 1931, so ist es nicht verwunderlich, daß Reichskanzler kürzlich nannte, so louchet ein, daß die Lebensversicherung ganz besonders stark davon betroffen werden müßte. Die Versicherungsgesellschaften haben die Verwaltung zur einen wesentlichen Rückgang der Selbstmordziffer fest. Man kann aber dennoch die Vorsichtsmaßnahmen, die die Versicherung getroffen hat, nicht für die Einführung des Selbstmordrisikos als Voraussetzung, als nicht ganz so schwerwiegend heranzustellen. Manche Versicherung wurde nur deshalb abgelehnt, weil die Versicherungszug die Not nach dem Tode des Ernährers zu erhalten. Es gibt in den Genuß der Versicherungsumme zu setzen. Es gibt

sogar Fälle, in denen ganz bewußt nach Ablauf der früher dreijährigen — jetzt fünfjährigen — Wartezeit auf den Todesfall der Versicherungsfall herbeigeführt worden sind. Ein anderes Beispiel für die Verwirrung der Versicherungsgesellschaften zeigen die erheblich vermehrten Fälle von Tod durch Unfall, bei denen man — war der Unfalltod in doppelter Höhe der Versicherungssumme mitversichert — Selbstmord annehmen müßte. Darum sind die Gesellschaften mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde berechtigt worden, für die in derartigen Fällen die Versicherungszug die Not nach dem Tode des Ernährers zu erhalten, die gezahlten Beträge zurückzuzahlen, nicht aber die gesamte Versicherungssumme.

Das könnte auf dem ersten Blick vielleicht unbillig erscheinen. Aber der Rechtsgrundsatz eines solchen Versicherten auf die Versicherungssumme ist höchstens formaler Natur und steht bei Berücksichtigung des Gegenstandes der Versicherungszug die Not nach dem Tode des Ernährers im Widerspruch. Die Auszahlung einer Versicherungssumme vor regulärem Ablauf des Vertrages wird die Kalkulation

Belebung des Reichsbahnerwerks

Mehraufwand für Anlagen-Ausbau

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft verzeichnet im April eine weitere Verkehrssteigerung. Die arbeitstätige Gütervermögensstellung lag mit 102,514 Wagen um 4 pCt. über die entsprechende Vorjahreszahl. Der Betrieb wurde um 4,12 pCt. überschritten. Die Saisonbelebung hat sich also als kräftiger durchgesetzt als in den Vorjahren, in denen die arbeitstätigen Gütervermögensstellung im April höchstens um 2,9 pCt. zu steigen pflegte. Die Reichsbahnverwaltung erhielt darin ein Zeichen für die zuverlässigere Haltung der Wirtschaft.

Allgemein ist bei einem Vergleich des diesjährigen Monatsauswieses mit den entsprechenden Vorjahreszahlen zu berücksichtigen, daß 1933 das Osterfest in den April fiel, 1932 aber in den März. Der Versand von Ostartikeln sowie von verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgüterstücken kam dem Eil- und Stückgutverkehr zugute, während im Wagenladungstransport von Brennstoffen und künstlichen Düngemitteln ein Jahresrückgang bedingter Rückgang feststellbar war. Der Personen-Osterverkehr war im allgemeinen trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse stärker als im Vorjahre. Hier wie auch in anderen Verkehrskategorien wird über den verstärkten Wettbewerb des Kraftwagens geklagt, der sogar die um 60 pCt. ermäßigten Fahrgeldsätze der Reichsbahn vielfach unterbietet.

Wenn trotz der günstigen arbeitstätigen Entwicklung die Gesamt-Einnahmen im April um rund 8 Mill. RM. unter dem Vormonats-Ergebnis blieben, so ist dabei in Rechnung zu stellen, daß der April vier Arbeitstage weniger hatte als der März. Zwar brachte der Personennahverkehr eine geringfügige Erhöhung der Einnahmensteigerung von 55,52 Mill. RM. im März auf 72,35 Mill. Reichsmark, und auch die sonstigen Einnahmen erhöhten sich um 15,68 auf 17,08 Mill. RM. Dagegen verminderten sich die Einnahmen aus dem Güterverkehr um 154,39 auf 131,69 Mill. Reichsmark, so daß die Gesamteinnahmen um 2,21 (239,58) Mill. Reichsmark unter dem März-Ergebnis verblieben. Die Ausgaben der Betriebsrechnung von 228,93 auf 235,11 Mill.

Film-Kreditbank gegründet

Die von dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Joseph Goebbels angekündigten Maßnahmen zur Gesundung und Förderung der deutschen Filmwirtschaft sind nun mangelfürigen Verhandlungen zum Abschluß einer grundsätzlichen Vereinbarung zwischen der Regierung und Mitarbeiter aller in der deutschen Filmwirtschaft beteiligten Kräfte geführt und die Finanzierung des Jahresbudgets in der deutschen Filmwirtschaft gesichert.

Unter Leitung des Staatssekretärs Funk vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ist gestern die Gründung der Film-Kreditbank G.m.b.H. erfolgt. Damit gelangt ein Teil des von der Späterorganisation der deutschen Filmindustrie vorbereiteten Planes der deutschen Filmwirtschaft zur Ausführung, der auf der Grundlage des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Wirtschaft beruht und jede wie auch immer geartete Subvention ausschließt.

Ankurbelung der Filmwirtschaft durch gesunde und zuverlässige Finanzierung. Die Tätigkeit der Filmwirtschaft der vielfach ungesunden Marktverhältnisse der Filmwirtschaft andererseits sind die großen Eckpfeiler des Planes.

Das nominale Kapital der neugegründeten Gesellschaft, für welche Kreditzuglagen in Höhe von vorläufig 10 Mill. RM. vorliegen, beträgt 200.000 RM. und wurde von der Reichsregierung, dem Reichsbank, dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, dem Reichsministerium für Wirtschaft und Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank und der Commerz- und Privatbank übernommen. Vorsitzender der Gesellschaft ist der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Direktor Kiehl (DWB-Bank), Direktor Maerz (Commerz- und Privatbank), Direktor Dr. Pille (Dresdner Bank), Direktor Post (Reichsbank-Gesellschaft), Dr. Bockies (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Filmverleiher), Direktor Adolf Egel (Reichsbank) der Deutschen Leihbibliothek, Direktor Streche (Agfa) und Direktor Wehner (Ateliosbesitzer).

Die Arbeiten der Gesellschaft werden sofort aufgenommen.

Frankreich zahlt in Gold-Dollars

Der französische Finanzminister gab, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Paris gebracht wird, Mitbewußt bekannt, daß die Kupons der französischen Darlehenleihe, die am 1. Juni 1933 in der Sitzung des Bankhauses Morgan auf der Basis der Goldparität des Dollars und zwar zu 25,52 Frs. für 1 Dollar eingelöst werden. Es handelt sich um die 7½ pCt. von 1929 bis 1932 in Höhe von 100 Millionen Franc. Die Vereinigten Staaten zur Emission gelangt und sowohl in

über den Haufen, schädigt die anderen Versicherten und ist auch volkswirtschaftlich von Uebel. Das gilt schon deshalb, weil die mathematische Berechnung der Summen und Beiträge auf einem großen Durchschnitt von Tausenden der Verträge beruht und ein unerwartetes Ereignis, wie der Selbstmord es ist, dabei zunächst nicht in Rechnung gestellt ist. Ein solches Ereignis, wie der Selbstmord, ist ein Fall, die Gesellschaften im Interesse der Versicherten zu ändern, gewiß nicht billigerer Kalkulation.

So kommt auch in dieser wichtigen Einzelfrage der Gegenstandes der Versicherungszug die Not nach dem Tode des Ernährers zum Ausdruck. Von seiner folgerichtigen Durchführung hängt gerade für die Lebensversicherung alles ab. Sie ist zu eng mit dem allgemeinen Wirtschaftszug die Not nach dem Tode des Ernährers verbunden, wie sie auch streng darauf sehen muß, daß ihre Klientel diesem großen Gedankens dient. Nur so kann sie weiter gebühlich für die deutsche Wirtschaft wirken und ihre absolute Gemeinnützigkeit erweisen.

Reichsmark gestiegen. Die Zunahme entfällt nahezu ausschließlich auf die Intensivierung der Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten, die auch in der Vernehmung des Personalsbestandes von rund 560.000 auf rund 580.000 Ktr. ermöglichte und für die rund 84 (im Vormonat 76) Mill. RM. aufgewandt wurden. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben der eigentlichen Betriebsführung um rund 150,96 Mill. Reichsmark unverändert geblieben.

Während also der März mit einem kleinen Betriebsüberschuss abgeschlossen lautet, ergibt diesmal schon die reine Betriebsrechnung — eine Mehrgabe von knapp 6 Mill. M., die Anliehendienst, sowie die festen Rückstellungenposten auf 33,8 (Vormonat 20) Mill. M. erhöht. Allerdings ist dieser Fehlbetrag diesmal durch die Erträge aus dem April entfallen. Die Steuerertragsüberschüsse sind durch den April entfallen.

Im allgemeinen schließt die reine Betriebsrechnung (also ohne Reichsbahn, Anliehendienst und Rückstellung) für das erste Jahresdrittel 1933 etwas besser ab, als für die ersten vier Monate des Vorjahres, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht:

(in Mill. Mark)	1933	1932
Januar bis April	186,66	197,82
Erträge	86,064	91,975
Reichsbahneinnahmen	24,02	36,67
Mehrabgabe		

Die Gesamteinnahmen lagen in dieser Zeit um 50,8 Mill. M. oder 5,5 pCt. niedriger als im Vorjahre und zwar 29,7 Mill. M. oder 4,7 pCt. niedriger als 1932. Gegenüber dem Vorjahre hat der Personenverkehr den prozentual weit stärkeren Anstieg erlitten, während die Einnahmen aus dem Güterverkehr mit insgesamt 45 Mill. fast stehen geblieben sind. Der Vergleich mit 1932 zeigt aber, daß im Gesamtverlauf der Wirtschaftskrise die Einnahmen aus dem Güterverkehr schärfer zurückgegangen sind, als die aus dem Personenverkehr.

Paris wie in New York notiert worden sind. Die französische Regierung hat dem, was auch nach ihrer Standpunkt, so Bedingungen Festhalten am Goldstandard bestritten.

Eisenpreis-Einigung

BRUSSEL, 31. MAI

In den Rohstahlverhandlungen, die gestern und heute, einen Tag vor der Tätigkeitsaufnahme der Internationalen Eisenkaufleute-Association, die heute in Brüssel stattfand, Beratungen der belgischen Gruppe die innerbelgische Rohstahlgesellschaft in Form eines zentralen Verkaufskontors im Leben geführt werden. Die neue Organisation wird den Namen Comtoir de Vente de la Sidérurgie Belge tragen und ihren Sitz in Brüssel haben. Der Aufbau wird ähnlich dem des deutschen Stahlwerksverbandes erfolgen.

Die neue Organisation wird die heutigen Verhandlungen eine weitere Klärung bezüglich der noch zu bereinigenden Probleme gebracht. Die Frage des Territorialprinzips, die die Tätigkeit der Verbandsmitglieder, die das vornehmlich deutsch-belgische Problem einer Lösung entgegenführen soll. Dagegen konnten heute alle die Regelungen getroffen werden, die die Tätigkeit der Verbandsmitglieder, die das vornehmlich deutsch-belgische Problem einer Lösung entgegenführen soll. Dagegen konnten heute alle die Regelungen getroffen werden, die die Tätigkeit der Verbandsmitglieder, die das vornehmlich deutsch-belgische Problem einer Lösung entgegenführen soll.

Auch die neuen Preisrichtlinien für die Verbandspreise, die demnächst fertiggestellt werden, unterliegen die endgültigen Preise erst morgen in einer Sonderitzung bekanntgegeben werden, es wurde jedoch bereits von authentischen Seiten erklärt, daß als Grundpreis für 3½ pCt. auf Basis von Vorkaufslieferungen, die am 1. Juni 1933 für Grobbleche von 3/8-Fr. angenommen werden kann. Sämtliche Preise sind plus-Freie, doch können die Händler die Preise abgeben, wenn sie sich für die Verbandspreise so daß etwaige sich aus Frachtersparungen ergebende Vorteile den Händlern selbst zufallen.

Die Eisenpreise der Weltmärkte, so für England, werden nicht fixiert, so daß die Preise für alle Märkte geltend haben werden. Über den Beitritt weiterer Länder zu der neuen Internationalen Rohstahlportgemeinschaft (I.R.M.A.) verläuft ein Vertrag, der am 1. Juni 1933 in einer Sitzung der I.R.M.A., des Internationalen Schmelzkartells, in London in der nächsten Woche über die Einzelheiten des Kartells vereinbart werden soll.

Auch Dänemark senkt Diskont. Nach der Schwedischen Reichsbank setzt auch die Dänische Nationalbank ab 1. Juni den Diskont von 4 pCt. herab. Der alte Satz galt seit dem 12. Oktober 1932.

